

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Band: 68 (1989)

Heft: 4

Artikel: Auf den politischen Gegner ist Verlass : ein begründeter Standpunkt

Autor: Stark, Roland

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340729>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

orientiert ist. Auch in Kaiseraugst wollten diese Kräfte die Armee einsetzen.

4. Mit der schweizerischen Neutralität ist es leider auch nicht so weit her. Völlig verfehlt bleibt, dass die Armee-Exponenten (Däniker usw.) die atomare Ausrüstung der Nato (Pershings, Cruise-Missiles usw.) unterstützt haben. Raketen sind Magneten: die Atomwaffen in Mitteleuropa (und damit in unserer nächsten Umgebung!) sind Angriffsziele erster Güte und begünstigen den atomaren Holocaust, der auch unser Land nicht verschont – oder hat die Armeespitze darauf eine Antwort?

5. Zur strengen Neutralität würden auch defensive Waffen gehören. Mit der Beschaffung von solch offensiven Geräten wie Leopard-Panzern oder F-18-Flugzeugen wird die strenge Beschränkung auf eine reine Verteidigungsarmee verletzt. Statt auf die Abrüstungsbemühungen Gorbatschows mit eigener Nicht-Offensivität (z.B. Verzicht auf die F-18-Flugzeuge für 3,5 Milliarden Franken) entspannend zu wirken, fällt dem Freisinn zum Thema Perestrojka nichts Ge-

scheiteres ein, als Gorbatschow zu den Zürcher Musikfestwochen einzuladen.

6. Die Schweiz gehört international in vielen Fragen zu den «Hardlinern» und vertritt ihre Wirtschaftsinteressen zum Teil noch aggressiver als die Supermacht USA. Statt kleinen, von Supermächten bedrohten Ländern zu helfen, stellen sich bürgerliche Chefbeamte (wie kürzlich Botschafter Jacobi) und die Wirtschaftsverbände opportunistisch auf die Seite der Unterdrücker. Auch heute gibt es Parallelen zum weitverbreiteten Frönlertum und der Zusammenarbeit mit Hitler.

7. Seit Jahren verhindern die bürgerlichen Parteien ein Friedensforschungsinstitut, also ein unabhängiges universitäres Gremium, das über Frieden, Sicherheit und Konfliktlösung wissenschaftlich forscht. Es ist offenbar immer noch sehr wichtig, dass das Thema Armee tabu bleibt.

Für eine offene Diskussion

Wahrscheinlich ist es heute für die Schweiz noch zu früh, auf eine organisierte Selbstverteidi-

gung ganz zu verzichten. Gewisse Elemente der Armee (Kriegsvorsorge, Luftschutz, Milizcharakter) mögen innerhalb einer sehr defensiven Doktrin positiv sein.

Es gibt trotzdem zahlreiche ehrenwerte Gründe, gegenüber der Armee eine skeptische Haltung einzunehmen. Von innen kann man die Armee nicht verändern. Mit der kommenden Abstimmung ergibt sich eine einmalige Gelegenheit, zur Sicherheitspolitik Stellung zu nehmen. Wichtig dabei ist, dass sich die SP nicht einschüchtern lässt. Da die Initiative ohnehin keine Chance hat, werden zahlreiche Leute im kommenden Herbst ja stimmen, um ihren Unmut über die vielfältigen Mängel der Armee – z.B. auch gegen die zahlreichen völlig unnötigen Schikanen für die Soldaten – auszudrücken. Es ist zu wünschen, dass diese Initiative einen hohen Ja-Stimmen-Anteil erreicht. Falls nun endlich über die zweifelhaften Aspekte der Armee diskutiert wird und die SP ihren Standpunkt differenziert klarmachen kann, ist der Zweck der Initiative realistischerweise erfüllt. Die Frage der Parteiparole wird dabei nebensächlich.

Auf den politischen Gegner ist Verlass

Ein begründeter Standpunkt

Von Roland Stark

Auf die politischen und publizistischen Gegner der Sozialdemokratie ist allemal Verlass. Auf bestimmte Stichwörter reagieren sie wie der Pawlowsche Hund auf das berühmte Glöcklein. Fällt das Wort «Bodenrechtsreform», ertönt das Echo «Verstaatlichung», «Zerstörung des Privateigentums». Auf die Forderung «Arbeitszeitverkürzung» kommt sofort die Reaktion «Untergang der Wirtschaft», «Ruin der Exportindustrie», «schärfere Umweltge-

setze» rufen direkt nach dem Vorwurf «Staatsdirigismus», «Einschränkung der Selbstverantwortung», die «Lockerung des Bankgeheimnisses» ziehe selbstverständlich die «Schwächung des Finanzplatzes Schweiz» nach sich. Besonders allergisch reagieren das Bürgertum und ihre journalistischen Hilfstruppen aber beim Stichwort «Armee». Dabei spielen Ausmass und Art der Forderung keine Rolle: ob Rüstungsreferen-

dum, Zivildienst, Einschränkung der Waffenausfuhr, Verbot des Militäreinsatzes im Innern – in jedem Fall weht ein Hauch von Landesverrat über der Schweiz, wenn sich die SP zu Armeefragen äussert.

So kann es niemand wundern, dass anlässlich der Diskussion über die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» die eidgenössischen Patrioten – heimliche und unheimliche –

zum Sturme blasen. Dabei genügt es, der heruntergewirtschafteten politischen Kultur in der Schweiz angemessen, alte Texte leicht abzuändern und neu zu datieren. Geistige Investitionen, sprich inhaltliche Auseinandersetzungen, sind entbehrlich.

«Die Ausgabe der Parole auf Verwerfung der Wehrvorlage zeigt, dass die schweizerische Sozialdemokratie trotz allen taktisch inspirierten Versuchen einer «angstvollen und haltlosen Anpassung» noch heute unfähig ist, die Zeichen der Zeit zu erkennen und so zu handeln, wie es ihr die Verantwortung einer grossen Partei gegenüber dem Land gebieten würde. Sie ist eine Partei ohne Grundsätze geworden, die sich Selbstzweck bedeutet und in der Selbsterhaltung das oberste Gesetz ihrer Politik erblickt, in dem sich alles, auch das Lebensinteresse des Staates, unterordnen muss.» («NZZ», 28. Januar 1935)

Mit diesen markigen Worten kommentiert die «Neue Zürcher Zeitung» 1935 den Beschluss des Luzerner SP-Parteitag, die Wehrvorlage zur Ablehnung zu empfehlen. Die «NZZ» meinte schon damals, «den durch und durch opportunistischen Charakter der neuesten Wendung der Sozialdemokratie» zu erkennen. Heute – 54 Jahre später – ist es wieder einmal soweit. «Politisch bedenklich», «unredlich und wenig verantwortungsbewusst», «opportunistische Überlegungen» – so kommentiert die «NZZ» die Beschlüsse des SPS-Parteivorstandes zur Armeeabschaffungs-Initiative von Ende Januar 1989.

Der Pawlowsche Hund lebt: Auf das Stichwort «SP und Armee» folgt lehrbuchmässig die Standardantwort «Rausschmiss der SP aus dem Bundesrat», «Regierungsbeteiligung in Frage gestellt» usw. So reagierten übereinstimmend die Pressedienste von CVP, SVP und FDP, die sich als eine Art Printer des Paw-

lowschen Hundes betätigen. Was ist geschehen? Woher kommt die Aufregung? Der Parteivorstand der SPS hat mit klarer Mehrheit (49:21) entschieden, dem ausserordentlichen Parteitag vom 3. Juni 1989 Stimmfreigabe zur Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» zu empfehlen. Normalerweise wird eine Stimmfreigabe beschlossen, wenn die Abstimmung zwischen Ja und Nein knapp ausgefallen ist oder wenn die erforderliche Mehrheit für eine Parole nicht erreicht wurde. In solchen Fällen erscheint eine Stimmfreigabe häufig – zu Recht – als Ausweichen vor einer klaren Entscheidung, als bequeme Lösung, die niemandem weh tut.

Der Stimmfreigabebeschluss bei der Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» ist aber ein politisch begründeter Standpunkt. Im Jubiläumsbuch 100 Jahre SPS «Solidarität, Widerspruch, Bewegung» wird der Gegensatz zwischen Pazifisten und Befürwortern der Landesverteidigung als herausragende Konstante der Parteigeschichte zu allen Zeiten bezeichnet. Mehrere Parteitage haben sich intensiv mit diesem Spannungsfeld beschäftigt, herausgekommen sind jeweils unterschiedliche, wechselnde, widersprüchliche Stellungnahmen. Zu keiner Zeit aber stand die SP in der Gefahr, an den gegensätzlichen Positionen zur Landesverteidigung zu zerbrechen. Die Debatten waren zwar leidenschaftlich und hart, Mehrheit und Minderheit wurden aber immer geachtet und respektiert; es gab keine Ausgrenzungen. 1903 verabschiedete der Parteitag Thesen, «von deren Verwirklichung man sich eine von militaristischen Schlacken gereinigte Schweizer Armee erhoffte» (Gruner). Die Abschaffung der Armee stand nicht zur Diskussion.

Der Parteitag von 1904 anerkannte in den Thesen zur Militärfrage «ein Volksheer mit der ausschliesslichen Bestimmung der

Verteidigung des Landes gegen aussen».

Der Aargauer Parteitag von 1915 wendete sich gegen die Militärkredite, 1917 lehnt der Parteitag die Landesverteidigung generell ab.

Das «Oltener Aktionskomitee» forderte 1918 in Punkt 5 die «Reorganisation der Armee zu einem Volksheer».

Das Parteiprogramm von 1935 «anerkennt die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der nach den geschichtlichen Bedingungen und den politischen Verhältnissen des Landes in der Milizarmee seine Verkörperung findet.

Die gleiche, die Landesverteidigung befürwortende Position findet sich in der Folge in den Parteiprogrammen von 1959 und 1982.

Noch deutlicher wird die kontroverse Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie, wenn man sich die Äusserungen einzelner Exponenten vor Augen hält. Zu nennen sind beispielsweise Hermann Greulich, Hans Oprecht, Max Weber, Friedrich Schneider usw.

Robert Grimm schreibt 1929: «In einer Frage gibt es innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie überhaupt keine Diskussion, auch um den Preis eines Bundesratsmandats (!) nicht: in der Frage der Landesverteidigung... In der praktischen Ablehnung des Militarismus, der Verweigerung der Militärkredite usw. gibt es innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie keine Differenzen.» Elf Jahre später stellt der gleiche Grimm dann fest: «Wir haben unsere Stellung in der Militärfrage neu umschrieben und haben uns auf den Boden der Landesverteidigung gestellt.»

Die SP hat immer aus eigenem Antrieb, herausgefordert durch wichtige historische Ereignisse, zur Armee Stellung bezogen, zum Beispiel bei Programmrevisionen, im Generalstreik, nach

dem 1. Weltkrieg, vor dem 2. Weltkrieg, bei konkreten Rüstungsvorlagen im Parlament usw. Heute kommt der Druck zur Auseinandersetzung mit der Armee von «ausen». Die Frage – Armee ja oder nein – ist in dieser Radikalität real nicht gestellt. Es besteht also weder für Gegner noch für Befürworter der militärischen Landesverteidigung in der SP ein Rechtfertigungszwang. Dies ist nicht eine SP-Initiative, aber auch nicht die Armee nach den Vorstellungen der SP. Die SP hat eine «Grossmachtarmee im

Taschenformat» immer abgelehnt.

Die Diskussion über die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» wird dazu benutzt, die SP in «gute» und «böse» Sozialdemokraten aufzuteilen. Die Partei sollte sich an diesem Spiel nicht beteiligen.

Beide Standpunkte – Ja und Nein – haben achtenswerte Motive, die sich zudem in der Parteigeschichte und mit der Berufung auf bedeutende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung begründen lassen. Weder eine Ja- noch

eine Nein-Parole würde der historischen Tradition der Sozialdemokratie gerecht.

Dass es in der Partei – seit jeher – unterschiedliche, gegensätzliche, widersprüchliche Positionen zur Schweizer Armee gibt, ist keine Schwäche, sondern eine Stärke der SP. Stimmfreigabe bei der Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» ist ein sichtbarer Ausdruck dieser Stärke, ein Zeichen politischer Ehrlichkeit und im Einklang mit der Geschichte der Partei.

Die Meinungsvielfalt muss respektiert werden

Stimmfreigabe als Parolenverweigerung

Von Peter Vollmer

Die SP muss armeekritisch bleiben. Das ist eine über alle verschiedenen Positionen innerhalb der Partei feststellbare gemeinsame Überzeugung.

Der Kampf für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, für eine aktivere – nichtmilitärische – Friedenspolitik, für die Schaffung eines Friedens- und Konfliktforschungsinstitutes, für die Begrenzung der Rüstungsausgaben, für die Einführung einer Referendumsmöglichkeit bei grossen Rüstungsvorhaben, für die Abschaffung der Militärjustiz in Friedenszeiten, für demokratischere Strukturen der Militärorganisation, gegen einen obligatorischen Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung und gegen eine innenpolitische Einsatzmöglichkeit der Armee und weitere immer wieder vertretene Positionen gehören sozusagen zum unbestrittenen Bestand in der Tradition der armeekritischen SP-Haltung.

Niemand zweifelt auch daran, dass wir den Kampf um diese Positionen in den nächsten Jahren wieder verstärkt werden führen

müssen. Umstritten in der Beurteilung waren hingegen immer die Einschätzungen, wie weit und ob die Armee überhaupt unserem Land noch die Selbstbestimmung zu sichern vermag, und nicht zuletzt die gesellschafts- und innenpolitischen Wirkungen militärischer Organisationen.

Trotz aller Kontroversen, anerkannten Minderheitenpositionen und wechselnden Einschätzungen war es immer unbestritten, zur Armeefrage auch im Grundsatz Stellung zu nehmen. Auch im geltenden Parteiprogramm von Lugano 1982 wird die militärische Landesverteidigung im Prinzip gutgeheissen. Eine Nichtaussage zur Grundfrage einer Landesverteidigung stand in keiner Zeit zur Diskussion, wohl nicht nur weil sonst die armeekritischen Positionen nur mehr schwerlich glaubwürdig zu vertreten wären, sondern auch bedingt durch die Tatsache, dass die Armee einen beträchtlichen Teil des Finanzhaushaltes bindet und das politische wie soziale Leben ganz wesentlich beeinflusst.

Die Herausforderung der Initiative

Der Inhalt der Initiativeforderung ist vor dem Hintergrund einer bezüglich der Umsetzung wenig erfolgreichen «Reformpolitik» und einer sich im Umbruch befindenden Bedrohungslage zwar nicht unverständlich, doch birgt gerade die Radikalität der auf die Existenzberechtigung an sich konzentrierten Fragestellung die grosse Gefahr in sich, die politische Kultur der demokratischen Auseinandersetzung vollständig zu überfordern. Insbesondere die mit den historischen Erfahrungen auch emotional verwurzelten Bindungen – insbesondere der Aktivdienstgeneration – lassen sich nicht einfach Knall auf Fall umstossen oder negieren. Das mögliche Ziel einer Armeeabschaffung kann darum, mit einem ungeeigneten Instrument angegangen, sogar weiter entrücken! Es braucht gerade in der Sicherheits- und Friedenspolitik neben konkreten und glaubwürdigen politischen Aktionen einen sehr wohlüberlegten und subtilen